

Inland.

Berlin, den 7. Septbr. Se. Excellenz der Kaiserlich Russische Wirkliche Geheime Rath und Mitglied des Staatsraths, Graf Pahlen, ist von Wien hier angekommen. — Se. Excellenz der Geheime Staatsminister, Dr. v. Schön, ist nach Königsberg i. Pr. abgereist.

△ Berlin, den 6. September. Mit der größten Spannung steht man dem morgenden Tage entgegen. Niemand verhehlt sich, von wie außerordentlichen Folgen dieser Tag begleitet sein kann. Alle Parteien sind thätig, arbeiten offen und versteckt und setzen ihre Kräfte in Bewegung, wie selten zuvor. Daher auch die verschiedenartigsten Gerüchte sich durchkreuzen, hier die Gemüther aufreizen, dort sie soltern und ängstigen. Das furchtbarste dieser Gerüchte, das nur leise ins Ohr geraunt und doch wieder offen besprochen wird, das wie ein schwerer Alp auf dem geängsteten Gemüthe lastet, zeigt auf eine förmliche Coalition der beiden extremsten Richtungen hin, um die Gegenwart mit allen ihren Verhältnissen zu stürzen, Alles aufs Spiel zu setzen, auch die äußersten Consequenzen nicht zu scheuen, so weit Personen mit in Frage kommen. Die Streitkräfte in Berlin sind ganz allmählig fast zur Höhe der früheren Besatzung erhoben, in der Umgegend sollen gewaltige militärische Massen angehauft sein, aus Schleswig sollen die Garderegimenter morgen wieder hier eintreffen, die Artillerie aus Magdeburg ist herbeigezogen. Sind die daraus gegründeten Combinationen nur leere Hirngespinnste? Sind alle diese Gerüchte nur Ausgeburten wilder Phantasie? Ist das nicht, so werden gewaltige Schläge vorbereitet, es kann sich dann nicht mehr um bloße reaktionäre Tendenzen oder demokratische Aufwiegeleien handeln, dann ist es vielmehr die entschiedene Contre-revolution, oder im Gegensatz zu ihr die Republik, die man im Schilde führt.

Und nun der morgende Tag! Selbst ganz unabhängig von der düsteren Stimmung, wie ich sie so eben gezeichnet habe, selbst zugegeben, alle jene Gerüchte von geheimen Machinationen entbehren alles Grundes, die morgende Verhandlung in der Nationalversammlung kann unberechenbare Folgen nach sich ziehen. Es handelt sich darum, ob wir ein wahrhaft konstitutionelles Staatsleben haben sollen oder nicht; ob die Beschlüsse der Nationalversammlung wie manche früher unter der Bureaucratie gehorsamt und submissiv eingereichte Petitionen ad acta gelegt werden können, oder ob sie bindende Kraft haben und ausgeführt werden müssen; ob ein verantwortliches Ministerium unumwunden erklären kann, die Beschlüsse der Versammlung nicht ausführen zu wollen, und wenn dieß der Fall, worin denn eigentlich die Verantwortlichkeit des Ministeriums besteht; es handelt sich aber auch andererseits darum, ob, wenn die Nationalversammlung den Sieg erringt, nicht eine Spaltung in dem Preussischen Heere eintritt und dadurch eine Contre-revolution noch entschiedener vorbereitet wird; ob ferner in dieser Versammlung die Männer sein werden, die in dem hereinbrechenden Sturm das Staatsschiff zu leiten im Stande sein werden. Eine Vermittelung wäre noch möglich, wenn beide Parteien sich entgegenkommen wollten, die Versammlung das scharfe, den inquisitorischen Charakter tragende Schulz'sche Amendement fallen lassen, das Ministerium aber auf das Wesentliche des ursprünglich Stein'schen Antrags einzugehen sich bereit erklären wollte. — So eben verbreitet sich die Nachricht, das Ministerium werde noch heute seine Entlassung nehmen. Ich kann diese Nachricht auch nur als ein unverbürgtes Gerücht mittheilen.

△ Berlin, den 6. Sept. Die Cholera ist immer noch nicht von stark epidemischem Charakter, wiewohl die Zahl der Kranken täglich in dem Verhältniß wächst, daß vor acht Tagen 23 Fälle angemeldet wurden, gestern 64; die Zwischenstufen waren 38, 48, 50. Es ist dies bei einer Bevölkerung von 400,000 hiesigen Joachimsthal'schen Gymnasiums sind zwei Schüler an der Cholera gestorben. Die meisten auswärtigen Eltern haben deshalb ihre Kinder zu sich kommit, jetzt auf etwa 40 geschmolzen ist. Es hat sich in Folge dessen das Gerücht verbreitet, es werde am nächsten Sonnabend das Gymnasium geschlossen werden. Ich kann Ihnen die bestimmte Mittheilung geben, daß dies nicht der Fall sein wird, vielmehr werden die Eltern aufgefordert werden, ihre Kinder vertrauensvoll der Anstalt wieder zurück zu stellen. Es wird dies für Ihre Provinz von so größerem Interesse seyn, als das Alumnat des Joachimsthal'schen Gymnasiums sechs Freistellen hat für junge Leute evangelischen Glaubens aus dem ehemaligen Königreich Polen, welche sich dem Studium der Theologie widmen wollen. — Der Minister Hansemann, obwohl krank, liegt nicht an der Cholera, was gestern mehrfach behauptet wurde.

Berlin, den 5. September. (Epen. Stg.) An der Börse war gestern auf Grund eines Frankfurter Coursberichtes die Nachricht verbreitet, daß die verfassunggebende Deutsche National-Versammlung den von Preußen im Namen des Bundes mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand nicht genehmigt habe.

— Der Finanzminister Hansemann, welcher vor einigen Tagen plötzlich erkrankte, befindet sich bereits wieder in der Besserung. Ob er schon der heutigen Sitzung der Nationalversammlung beiwohnen wird, ist noch ungewiß.

— Der große Handwerker-Verein der Johannisstraße hat in einem Mauer-Anschlage eine Beleuchtung der, von dem Polizei-Präsidium in der bekannten Haussuchungs-Angelegenheit erlassenen Bekanntmachung veröffentlicht. Der Vereinsvorstand beklagt sich schließlich, daß ihm der Denunciant, der doch nach der Erklärung des Ministers des Innern „ein achtbarer Mann“ sein soll, noch immer nicht benannt sei.

— Nachdem Hr. Held früher in einem großen Mauer-Anschlage gegen das Spioniren von Schutzmannern sich ausgesprochen und das Polizei-Präsidium, unter dem 3. d. M., gleichfalls in einem Mauer-Anschlage eine Widerlegung hatte

erscheinen lassen, ist gestern von Herrn Held eine abwehrende Gegen-Bekanntmachung wiederum in einem Mauer-Anschlage erlassen worden.

Berlin. — Aus dem Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten ist dem Pr. St.-Anz. folgende Mittheilung zugegangen: Der Prorektor und der Senat der Großherzoglich-Herzoglich Sächsischen Gesamt-Universität zu Jena haben durch ein an sämtliche Universitäten unmittelbar erlassenes Anschreiben vom 9ten Juli d. J. eine Einladung zu einer Versammlung von Abgeordneten der Universitäten ergehen lassen, welche Behufs einer Berathung über Reform des Deutschen Universitätswesens am 21., 22. und 23. Septbr. in Jena gehalten werden soll. Diese Einladung ist auch an die Preussischen Landes-Universitäten gelangt. Der Vorschlag der Gesamt-Universität Jena hat jedoch bei der hiesigen Königl. Universität Bedenken gefunden, und hat dieselbe in einem Erwiderungsschreiben vom 11. August sich veranlaßt gesehen, ihre Betheiligung als Corporation bei der Versammlung in motivirter Weise abzulehnen.

Zu ähnlicher Weise hat die Königl. Universität zu Halle auf die ergangene Einladung sich ablehnend erklärt. Das Ministerium der Unterrichts-Angelegenheiten hat die von diesen Universitäten entwickelten Gründe für entscheidend erachtet und sich denselben angeschlossen. Ohne den Gewinn gering zu achten, den eine freie Besprechung der akademischen Lehrer aller Deutschen Universitäten und der mündliche Austausch der Ideen für die Erfassung und Entwicklung des Reform-Bedürfnisses zu schaffen vermag, und ohne deshalb den Lehrern der Preussischen Universitäten in der ihnen zuständigen Freiheit, sich für ihre Person an der Jenaer Versammlung zu betheiligen, die mindeste Beschränkung aufzuerlegen: hat das Ministerium doch den beabsichtigten repräsentativen Charakter der Versammlung, als einer Gesamt-Vertretung aller Deutschen Universitäten, welche befugt sei, Namens der Universitäten verbindliche Erklärungen abzugeben, in Folge dessen, mit Ausschluß der betreffenden Regierungen, unmittelbare Anträge an die höchste Deutsche Behörde gestellt werden könnten, nicht anerkennen können und einer Beschickung derselben durch Abgeordnete der Preussischen Universitäten, als legitimirte und in deren Namen beschlußfähige Vertreter der Corporationen, seine Zustimmung versagt. Das Ministerium theilt die in den vorliegenden Aktenstücken sich kundgebende Ueberzeugung, daß eine Reform des Universitätswesens ein Bedürfnis sei, und daß dieselbe nach einem in den Grundzügen gemeinsamen Plane für alle Deutsche Universitäten erfolgen müsse. Es hat aber auch zugleich die Ueberzeugung, daß das Bewußtsein dieses Bedürfnisses und die Erkenntnis der zu seiner Befriedigung erforderlichen Veränderungen zunächst aus dem Kreise der einzelnen Corporationen hervorgehen und von da aus, unter geordneter Beihilfe der konstituirten öffentlichen Gewalten, zu einer Allgemeinheit sich erheben müsse. In diesem Sinne hat das Ministerium, gleich nach den Märztagen, aus freiem Antriebe die erste Aufforderung an die Universitäten zu Reformberathungen erlassen und später den Umfang dieser Berathungen ganz dem freien Ermessen der einzelnen Universitäten anheimgestellt. Es hat aber dabei den Gedanken festgehalten, das aus diesen Berathungen hervorgehende Material als Unterlage zu benutzen, um von da aus zu weiteren Schritten zur Herbeiführung eines gemeinsamen Reformplans für alle Deutschen Universitäten überzugehen. In der Consequenz dieses von ihm seit Monaten betretenen Reformweges ist das Ministerium auch jetzt verblieben, und hat dasselbe aus der gegenwärtigen Anregung nur noch die erneute Veranlassung entnommen, die Preussischen Landes-Universitäten zu einer kräftigen Förderung ihrer Reform-Vorschläge wiederholt aufzufordern, damit auch sie auf der bisher von ihnen mit regem Eifer verfolgten Bahn nicht zurückbleiben mögen, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles mitzuwirken.

— Unser Türkische Gesandte, der liebenswürdige Dawud Effendi, hat doch auch einmal einen Fehltriff gemacht, indem er den Fuhrknecht des Brell'schen Bierwagens angeklagt hat, er sei ihm immer in die Quere gefahren, ohne ihn durchzulassen und habe dabei noch drohend ausgesehen. Der Fuhrknecht erklärt dagegen, er habe sehr freundlich ausgesehen und das Versperren des Wagens sei ein Zufall. Das Gericht wird wohl darüber zu entscheiden haben, ob der Fuhrknecht gelacht oder gebrummt hat; denn Diplomaten nehmen die Sache scharf.

(Schles. Stg.)

△ Berlin, den 7. September. Die Spannung auf das Resultat der heutigen Kammer-Sitzung ist hier außerordentlich. Jeder weiß, daß es sich heute nicht bloß um ein Ministerium handeln wird, sondern auch um die gewichtige Frage, ob unsere National-Versammlung gewillt sein werde, die gesammte Regierungsgewalt in die Hand zu nehmen. Leider hat es das Ansehen, daß, wie auch der Beschluß der Versammlung ausfallen möge, wir jedenfalls gestern alle Bewegungen erleben werden. Die radikale Partei hat vornehmlich gestern alle Mienen springen lassen, Zeitungen, Plakate, Redner, alle sind einig in dem Versuch, die Weigerung des Ministeriums, unsere Armee der verlangten Demoralisation anheim zu geben, als den frechsten Anfall gegen unsere Freiheit darzustellen. In einer gestern Abend vor den Zelten abgehaltenen Volksversammlung wurde ganz offen von der Nothwendigkeit neuer blutiger Kämpfe für die Errungenschaften der Revolution gesprochen, und im Fall das Ministerium am Ruder bleibe, ziemlich unzweideutig auf heute Unruhen in Aussicht gestellt. Andererseits hält man dafür, daß wenn der Stein'sche Antrag die Majorität gewinnt, die Auflösung der Kammer die Folge davon sein würde. — In diesem

Augenblick (10 Uhr Vormittags) trägt die Stadt äußerlich das ruhigste Ansehen. Nur vor der Singakademie und an wenigen Straßenecken haben sich Volksgruppen aufgestellt. Der Zudrang zu den Tribünen der National-Versammlung ist übermäßig und macht es Ihrem Correspondenten unmöglich, den Verhandlungen beizuwohnen. — Erwähnenswerth erscheint mir eine Nachricht, von der sich so eben einige Abgeordnete vor der Singakademie unterhalten haben, obwohl ich sie gern als ein unverbürgtes Gerücht bezeichnen möchte. Nach gestern Abend eingelaufenen Depeschen sei nämlich in Frankfurt der mit den Dänen abgeschlossene Waffenstillstand verworfen worden, das Reichs-Ministerium habe abgedankt, Wrangel sei zum Reichs-Feldmarschall ernannt und werde ohne Zögern in Jütland einbrechen.

1 Uhr. So eben höre ich, Minister v. Schreckenstein habe in der Versammlung erklärt, daß das Ministerium sich zum Tamnauschen Amendement bequemen wolle, nach welchem an die Regiments-Kommandeure ein ähnlicher Erlass ergehen soll, wie an die höheren Civilbeamten ergangen ist. — Sechzig Mitglieder der linken Seite haben sich jedoch schriftlich verpflichtet, die National-Versammlung zu verlassen, wenn der Stein'sche Antrag nicht durchginge. Man trägt sich bereits mit neuen Ministerlisten. Ich gebe Ihnen eine: Rodbertus, Premier-Minister; Damig oder Brand, M. des Krieges; Bloem, M. der Rheinischen Justiz; Lauer, M. der Justiz in den alten Provinzen; Gilgenheim, M. des Ackerbaues; v. Berg, M. der geistlichen Angelegenheiten; Waldeck, M. des Innern; Kraker, M. der Finanzen.

4 Uhr. Ueber das Unruh'sche Amendement, das ein Misstrauensvotum gegen das Ministerium beantragt, hat eben die namentliche Abstimmung begonnen. Seine Verwerfung ist wahrscheinlich. Die Volksmenge vor der Singakademie ist nicht unbedeutend und scheint zu Thätlichkeiten sehr aufgeleitet.

7 Uhr. Der Stein'sche Antrag ist mit 219 gegen 152 Stimmen angenommen worden. Noch ehe der Präsident das Resultat der Abstimmung proklamirte, haben fast sämtliche Minister den Saal verlassen und sollen zum Theil sich sofort nach Potsdam begeben haben, um ihre Entlassung einzureichen.

— In Schleswig-Holstein soll die Republik proklamirt sein.

Karlsruhe, den 2. Septbr. Am Geburtstage unsers Großherzogs wurde in Lahr während des Gottesdienstes bei der Kirche eine Ragenmusik angestimmt, was hier allgemein empört. — Auch die Gehalte unseres Hoftheaters sind vom 1. Oktbr. an um ein Viertel vermindert worden, eine Maßregel die großen Schrecken verbreitet.

Karlsruhe, den 3. September. Die Amnestieverordnung hat einen Nachtrag erhalten, wonach nicht alle Führer der Republikaner, sondern nur die Führer größerer Schaaeren, so wie von den Schulheern und Bürgermeistern nur die, deren Theilnahme von großer Bedeutung war, ausgenommen sein sollen. — An der Grenze ängstigt man die Einwohner mit dem Gerücht, daß die Freischärler in Verbindung mit den Italienischen Flüchtlingen aus der Schweiz in Deutschland einfallen werden.

Deffau, den 4. September. In der zweiten (geheimen) Landtags-Sitzung am Freitag hat das Ministerium den Volksvertretern die Note vorgelegt, welche es in Betreff der gemeinsamen Vertretung von Anhalt und Preußen bei der Centralgewalt an den Preussischen Minister des Auswärtigen abzusenden beabsichtigt. Die Mehrheit hat dieselbe gebilligt. In einer Volksversammlung in Göthen wurde der Beschluß sehr gemüthlich, und hier sah Alles mit Spannung der heutigen öffentlichen Sitzung des Landtags entgegen. Heute trug nun die Linke darauf an, das Ministerium solle die Verhandlungen mit Preußen abbrechen. Die Gallerie war überfüllt, die Verhandlung leidenschaftlich und stürmisch. (Das Ergebnis ist noch nicht bekannt.)

Altona, den 4. September. Die Stimmung im Lande in Folge des Friedensschlusses ist im höchsten Grade gedrückt, und man spricht sehr ernstlich davon, daß man es lieber auf das Äußerste werde ankommen lassen. Und in der That ist nicht abzusehen, wie die nächsten sieben Monat das Land nicht in die heillose Verwirrung stürzen sollten. Sollte sich aber bestätigen, was aus guter Quelle versichert wird, daß Graf Karl Moltke, unter dem früheren Könige und bis zum Beginne des Krieges Minister-Präsident in Dänemark, dazu bestimmt sein soll, den Vorsitz in der neuzubildenden provisorischen Regierung zu übernehmen, so ist ein Sturm des Unwillens zu erwarten, der leicht dem ganzen Friedenswerke ein Ende machen könnte. Wir mögen für Preußens und Deutschlands Ehre nicht gern daran glauben, daß man darein gewilligt; aber es ist Thatsache, daß der Graf gestern hier angekommen und bereits heute seinen Weg nach Rendsburg fortgesetzt hat. Also der Verfasser des offenen Briefes vom Jahre 1846, der eifrige Beförderer der Gesamt-Staats-Theorie, er sollte während der allerschwierigsten Zeit die Geschäfte der Herzogthümer leiten?! Als anderes Mitglied der provisorischen Regierung wird genannt der bekannte Baron A. Blome, ein Erz-Aristokrat, in Kopenhagen und in Petersburg wegen seiner Gesinnungen sehr wohl angesehen. Außer diesen wird noch der von Mortorf her bekannte Baron v. Heinze genannt, der noch jetzt seinen „letzten Blutstropfen“ für die Deutsche Sache hergeben soll. Die Uebrigen sind unbedeutende Namen. Als Kriegs-Minister unter dem Befehle der Regierung nennt man den Preussischen General-Major Bonin. Wie es scheint, ist die Ratifikation in Frankfurt nicht vorbehalten, und die Preussische Diplomatie hat allein diesen Waffenstillstand zu verantworten. (R. 3.)

Kiel, den 2. September. Als ganz zuverlässig können wir mittheilen, daß von den hiesigen Professoren die Herren Rißch, Scherk, Chalybäus, Wehn und Olschhausen ihre Dänischen Orden spätestens in den nächsten Tagen, wahrscheinlich schon heute Abend einsenden werden und daß sich diese Einsendung nur wegen Vereinbarung mit andern Gleichgesinnten verzögert hat. Herr Professor Welt hat schon eingesandt, Prof. Falk, wie es scheint, aber nicht. (Nach einer amtlichen Mittheilung in der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ haben außer Professor Welt auch Prof. Olschhausen und der Obergerichtsr. Eckardt die Orden schon eingesandt.)

Kiel, den 5. September, Nachmittags. (H. G.) Man erfährt jetzt mit Gewißheit, daß der Gen. v. Below und demnächst die ratificirende Preussische Regierung den Auftrag der Centralgewalt in folgenden drei Punkten überschritten haben: 1) war bestimmt worden, daß die Verordnungen und Maßregeln der provisorischen Regierung gültig bleiben sollten, 2) das Schleswig-Holsteinische Militair sollte ungetrennt bleiben; 3) die Mitglieder der neuen provisorischen Regierung sollten nicht von beiden Parteien gewählt, sondern es sollte über die Personen eine gemeinsame Vereinbarung getroffen werden. Wir können also mit Gewißheit voraussetzen, daß der Waffenstillstand in Frankfurt nicht genehmigt wird. Uebrigens fällt es sehr auf, daß in dem, am 26. August abgeschlossenen Waffenstillstande nur vom „Deutschen Bunde“ die Rede ist. — In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wird die Fassung des Schreibens beraten werden, mit welchen die gestrigen Beschlüsse der National-Versammlung in Frankfurt notificirt werden sollen.

Wien, den 1. September. Nach den neuesten Nachrichten aus Mailand vom 28. Aug. hatte der F.-M. Radezky einen Bericht vom F.-M.-L. d'Aspre erhalten, nach welchem sich die Bande des Garibaldi hart an die Schweizergrenze gedrängt, bei Macagno zerstreut und der Ueberrest gefangen wurde. (Vergl. Schweiz.) Die Piemontesen hatten an der Grenze gemeinschaftlich mit unsern Truppen den Eintritt des Garibaldi aufs piemontese Gebiet abgewehrt. Diese Bande wäre dem Karl Albert gefährlicher geworden als seine republikanischen Feinde, denn Garibaldi hatte überall den König als Verräther für vogelfrei erklärt. Der Marschall empfängt täglich den in Mailand anwesenden Sardinischen Minister, welcher sich zum Abschlusse des Friedens im Hauptquartiere befindet. Auf die erste Nachricht, daß Admiral Albini nicht von Venedig abgegangen, hatte dieser Minister dem Marschall einen zweiten Befehl des Königs zur Räumung Venedigs eingehändigt, welcher sogleich an F.-M.-L. Welden abgeschickt wurde. Unterdessen fand aber der Marschall für gut, den ganzen Artilleriepark des Königs, gegen 120 Kanonen, welcher von Peschiera gegen den Ticino ziehen sollte, zurückzuhalten. Eben so weise als der Marschall das Kriegshandwerk und die Diplomatie betreibt, eben so groß zeigt er sich, bei fortwährendem Belagerungszustande Mailands, den ihm die Regeln des Waffenstillstandes vorschreiben, als Civiladministrator. Unter seiner Leitung wirken die Grafen Pachta und Montecucoli. Er geht der starren Bureaukratie stark zu Leibe. Vereinfachung der Geschäftsführung, eine Hauptursache so langjähriger Beschwerden der Mailänder, ist seine erste Tendenz. Täglich schmelzen Bureau zusammen. Aus drei Administrativbureau wird gewöhnlich eins gemacht. Kein abwesend gewesener Beamte wird mehr ersetzt, und die jüngern tüchtigen subalternen Beamten rücken in die zu besetzenden Stellen ein. So erfreut sich Mailand der tiefsten Ruhe, und der Bürgerstand faßt Muth und Vertrauen in die Zukunft. Aus diesen Umständen ist es erklärlich, daß der tapfere Marschall bereits unter dem gemeinen Volk einer großen Popularität genießt. Die bedeutendsten Erleichterungen in Steuerfachen für die geringere Volksklasse waren sein erstes Werk. (W. 3.)

Wien, den 4. Sept. (Schles. Ztg.) Der von der demokratischen Partei veranstaltete Trauerzug zu Ehren der am 23. August gefallenen Arbeiter lief ruhig und in guter Ordnung ab. Sämmtliche liberalen Vereine, unter andern auch ein Verein von Damen in Tranerkleidern, versammelten sich auf dem großen freien Platz vor dem rothen Hause in der Alservorstadt. Der Zug setzte sich sofort nach dem Währinger Gottesacker in Bewegung. Auf den Gräbern der Gefallenen hielt der Bruder des Schriftstellers Löbstein, protestantischer Prediger, sodann der Student Hreška, Mitarbeiter der Constitution, eine Rede. Chlodwig Eckardt forderte alle diejenigen, welche sich dem Zuge angeschlossen hatten — deren Zahl mochte etwa 10,000 betragen — auf, zu schwören, daß sie gegen die hereinbrechende Reaction Widerstand leisten wollten. Dies geschah, worauf noch zwei Arbeiter sprachen. Damit war die Sache beendet. Glücklicherweise vermieden es die Redner, aufregende Reden zu halten, und die von den Behörden getroffenen Vorsichtsmaßregeln, nämlich die Consignirung der Nationalgarde und der Garnison, erwiesen sich als überflüssig.

Wien, den 5. September. (Schl. Ztg.) Borrosch hat sich heute entschieden von der Böhmischen Partei getrennt und der Deutschen Linken angeschlossen. Bisher die Zielscheibe mannigfachen Spottes, ist er jetzt mit einem Male ein Gegenstand der Popularität geworden. In verabredeter Weise interpellirte er heute das Ministerium in Betreff der von dem Justizminister Bach ausgesprochenen Vereinbartheits-Theorie. Die Vorrede, welche er hielt, war sehr salbungreich, ohne indeß einer bestimmten, politischen Färbung anzugehören, so daß weder Konservative noch Radikale sich dadurch sonderlich getroffen oder nach Beschaffenheit erbaunt finden konnten. Er schloß mit folgenden Ansagen: „1) Ob das Ministerium unter Sanction und unter dem noch versänglicheren Worte Vereinbarung etwas Anderes verstehe als den bedingungslosen Erfüllungsakt durch die vollziehende Gewalt, um der von der gesetzgebenden Gewalt des Reichstags zu schaffenden Verfassung auch die äußere Form der Gesetzesgültigkeit zur unbezweifelbaren, dann bereits vorhandenen inneren Gesetzeskraft zu verleihen. 2) Ob das Ministerium gesonnen sei, bezüglich jener Gesetze, welche der Reichstag als vorentnommene Bestandtheile der Verfassung schon jetzt zur Wahrung des innern Friedens zu veröffentlichen für nöthig erachten wird, die ministerielle Mitwirkung zur vorbehaltenen Sanction und zu sofortiger Kundmachung zu verweigern. 3) Ob die Minister entschlossen seien, ihrer jetzigen, exceptionell unverantwortlichen Stellung zu entsagen und im Falle Unheil aus einer irthümlichen Handlungsweise derselben entspringen sollte, die Strenge des bevorstehenden Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes auch rückwirkend auf sich anwenden zu lassen?“ Justizminister Bach erbat sich die Interpellation schriftlich, um sich in Betreff der Erwiderung mit seinen Collegen zu vereinbaren. Die Böhmisches Rechte und das conservative Centrum verhielt sich ganz still; die Deutsche Linke zeigte sich stark erregt; die Galizier blieben ziemlich passiv. Vorher hatte noch der Abgeordnete Wloand im Namen der durch den Justiz-Minister gekränkten Volkssouveränität einen von 37 radikalen Abgeordneten unterzeichneten, zum Theil auch gegen den Präsidenten Sirobach gerichteten Protest überreicht. Die Börse zeigte sich durch diese Debatten stark influenzirt.

Morgen, höchstens übermorgen wird die entscheidende Antwort in Betreff der Mitsouveränität des Kaisers und des ihm zustehenden Rechts, seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Reichstags zu geben oder zu verweigern, vom Ministerium gegeben werden.

Minister Schwarzer soll seine Demission angeboten und Doblhoff darauf erklärt haben, daß er in diesem Falle auch zurücktrete; Hornbostel desgleichen. Für das neue Ministerium hofft man Schmerling zu gewinnen. Auch Strobach ist in Vorschlag gebracht.

Wesh, den 31. August. Die Erhebung des Illyrischen Volkes unter Jellachich hat mit dem offenen Aufstande der Raizen, oder desjenigen Theiles des Illyrischen Volkes, welches sich zur Griechisch-nichtnirten Kirche bekennt, nichts gemein. Jellachich weigert sich nur unter dem, wie er sagt, dem Kaiser in den Märztagen abgedrungenen Ungarischen Kriegsministerium zu stehen, welches selbst bei dem Ungarischen Militair nicht beliebt und bisher nur das Spielzeug einer kleinen, aber mächtigen Partei ist. Dem Banus stehen zur Durchsetzung seines Planes nöthigenfalls 146,000 wohlgerüstete Grenzer zur Seite, und da in dieser Sache das regelmäßige Militair kaum gegen seine Kameraden fechten dürfte, so blieben zur Vertheidigung des, die Kraft Oesterreichs lähmenden, neu improvisirten Kriegsministeriums, nur jene 200,000 Mann übrig, welche der Landtag unlängst auf den Antrag Kossuth's votirte und welche bisher zum größten Theile noch auf dem Papiere stehen. Die Anforderungen der Raizen dagegen sind weit anmaßender, als jene der Kroaten und haben keinen Schein der Gerechtigkeit für sich. Erstere bezwecken die Losreißung jenes meist von ihnen bewohnten bedeutenden Theiles vom Ungarischen Mutterlande, dem sie den Namen Serbische Wojwodschast beilegen wollen. Diese Losreißung der Raizen wird noch verwerflicher, wenn man bedenkt, daß dieselben erst vor ungefähr 200 Jahren in Ungarn eingewandert sind und daselbst an allen Freiheiten der Ungarn gleichberechtigt waren. — In seiner neuesten Proclamation spricht sich Jellachich selbst gegen diese aufständischen Raizen aus, welche nur ihm allein den Gehorsam schuldig sind, und er droht die Widerspenstigen mit dem Tode zu bestrafen. Jeder Serbianer, welcher sich nicht sofort seinen in Sirmien einrückenden Truppen ergibt, ist vogelfrei und kann von jedermann erschossen werden u. s. w. Während nun Jellachich in dieser energischen Weise den Aufstand der Raizen zu dämpfen sucht, bringt er zugleich die von ihm abgefallenen Grenzer auf seine Seite und gewinnt sie für seine Pläne. Er hat bereits mit den Grabskanern die Festung Esseg und mit dem Prober Gränzerregiment am 23. August die Stadt Bukovar in Sirmien besetzt und daselbst vier Kanonen aufgestellt. In Slavonien herrscht gegenwärtig General Menstädter, der die Befehle des Banus aufs pünktlichste erfüllt und bereits den General Graboski zu Peterwardein kasirt hat. — Der offizielle Bericht über die vergebliche Bestürmung der festungsähnlichen Schanzen bei St. Thomas ist erschienen und man ersieht daraus, daß nichts lächerlicher ist, als das Geschrei über Verrath und das schon so oft aufgetauchte Gerücht des Schießens mit blinden Patronen. Eben so verhielt es sich mit dem Gerücht von den 300 schönen Lagermädchen, in Betreff welcher nur das wahr ist, daß sie wirklich als Marketennerinnen und Krankenwärterinnen ins Ungarische Lager ziehen; nur sind es nicht junge Mädchen, sondern schon ziemlich alte Frauen. (Schl. Ztg.)

Wesh, den 2. September. Laut einer Verordnung des Ministers des Cultus und des öffentlichen Unterrichts werden vor der Hand noch im Laufe dieses Jahres zehn Gymnasien nach einem gänzlich umgestalteten Lehrsystem ins Leben treten, wovon zwei nach Budapest und die übrigen nach andern Gegenden des Landes verpflanzt werden. In jedem Gymnasium werden 7 Lehrer nach ihren resp. Fächern in 6 Classen wirken.

Fiume, den 30. August. (D. L.) Gestern Abend wurden mehrere Ungarische Beamte nach Auszahlung eines zweimonatlichen Gehaltes entlassen. Heute früh trafen 800 Grenzer, darunter viele Szerezaner, und die Bürgerwehr von Buccari ein, welche sich längs dem jenseitigen Ufer der Fiumara in Reihe und Glied aufstellten. Um zehn Uhr forderte der Graf Bugnevoz nebst den drei andern Banal-Commissairen in Begleitung des Magistrats den Gouverneur auf, Fiume zu verlassen. Seiner Bemerkung, er könne sich hierzu ohne höhere Weisung nicht verstehen, setzte man entgegen, daß man zu Gewaltmaßregeln schreiten würde, welchen die Stadt keinen Widerstand zu leisten vermöchte. Der Gouverneur bittet die Fiumaner in einem Aufrufe, jede Demonstration zu unterlassen und die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

Fiume, den 31. Aug. Unmittelbar nach der heute früh erfolgten Ankunft eines vom Banus an den Vice-Gespan Bunyovacz abgesandten Couriers rückten ungefähr 1000 Gränzer und Szerezaner ein und nahmen im Namen Sr. Majestät des Königs von Croatien Besitz von unserer Stadt, worauf sie die Kasernen und die Wachtposten bezogen. Die Ruhe ward keinen Augenblick unterbrochen. Die Nationalgarde hat sich aufgelöst. Der Gouverneur Gröds und verschiedene Beamte schieden sich zur Abreise an. Sammtliche Behörden, mit Ausnahme der Regierung, sind in ihrer Funktion verblieben. (West. Lloyd.)

Innsbruck, den 28. August. In Monza wurden vorgestern drei Oesterreichische Offiziere auf dem Eisenbahnhofe von einer Rote fanatisirter Wälscher mit Schimpfreden angefallen und der eine erhielt sogar, wie es heißt, einen Schlag von rückwärts, worauf die Offiziere vom Leder zogen und die Rote sogleich auseinanderstob. Der Feldmarschall hat der Stadt Monza dafür eine Strafe von 300,000 Lire dictirt und zugleich die ganze Brigade Simbschen dahin verlegt, die so lange auf Kosten der Einwohner dort zu verbleiben hat, bis die Summe gezahlt ist. Auch in Bergamo ist aus einem Fenster auf einen vorübergehenden Offizier geschossen worden, worüber noch die Untersuchung im Gange ist.

Triest, den 23. August. In Venedig wird die Lage täglich trostloser.

Welche Mühe sich die Gazetta di Venezia (die uns bis zum 20ten d. M. vorliegt) auch giebt, die traurigen Zustände zu überstreifen, das Volk läßt sich nicht länger mit Deklamationen und leeren Versprechungen hinhalten, und wird täglich ungestümer in seinen Forderungen. Moralisch ist Venedig für die Oesterreicher bereits erobert, und die erste Kanouenfugel, die auf die Paläste von S. Marco fällt, wird die Stadt zur freiwilligen Uebergabe bewegen. Die Neapolitanischen und Römischen Offiziere machen förmlich Opposition gegen die Regierung. Ihnen schließt sich der Adel und der Besitzstand an, denn alles Silber und Gold, alle Schmucksachen und irgend werthvolle Gegenstände werden denen gewaltsam genommen, die sie nicht freiwillig opfern wollen. Die Mehrzahl der Einwohner würde sich gern alle Opfer gefallen lassen, wenn etwas anderes dadurch zu erzielen wäre, als ein kurzer Aufschub des unvermeidlichen Einzugs der Oesterreicher. Manin schwebt zwischen Tod und Leben; er ist zum Tyrannen geworden, theils um sich seiner eigenen Haut zu wehren, theils um durch Gewalt zu erzwingen, was er auf gewöhnlichem Wege nicht erringen kann. Die militairische Besatzung der Stadt wird auf 10,000 Mann angeschlagen. (A. Z.)

U n s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 3. Sept. Die National-Versammlung faßte gestern ohne große Formlichkeit zwei wichtige Beschlüsse. 1) Den Belagerungszustand selbst während der Verfassungsdiskussion beizubehalten. 2) Nächsten Montag zu beraten, ob sich die National-Versammlung nicht früher auflösen dürfe, als sie die in einem Spezialdekret genau anzugebenden organischen Gesetze votirt habe? Da kann sie noch zwei Jahre sitzen! Die Zahl der organischen Gesetze ist Legion. Die Anwendung eines jeden votirten Prinzips ist ein organisches Gesetz, z. B. die Presse, Nationalgarde, Attribution der Behörden und tausend andere Einrichtungen.

Die Antwort Doblhofs und Wessenbergs ist eingetroffen. Der National hat sie bereits gestern commentirt. Er bringt auf eine kategorische Erklärung, und will diesen Antrag durch eine Demonstration begleitet wissen. Die übrigen Zeitungen commentiren sie heute. Dem Journal des Débats zufolge besteht das größte Unglück für Italien in Italien selbst. Die Eifersucht sei dort so groß, daß sich nicht nur Staat und Staat, sondern Stadt und Stadt, ja sogar Gemeinde und Gemeinde in den Haaren lägen. Der Mangel an Gemeingeist sei der Tod für Italien.

Der Constitutionnel berichtet über die ihm zugegangenen Suspensions-Drohungen und setzt hinzu: „Die Maßregel ist nicht erfolgt. Der von seinen Kollegen befragte Justiz-Minister war nicht der Ansicht, daß Grund vorhanden sei, gegen uns mit Strenge zu verfahren. Für uns aber ist es eine ernste Thatsache, daß die Frage auch nur einen Augenblick erörtert wurde.“ Schon seit mehreren Tagen brachte der Constitutionnel keine leitenden Artikel. Heute aber giebt er in einem solchen sein Urtheil über Marrast's Verfassungs-Bericht, den er zugleich mittheilt.

Im Moniteur liest man Folgendes über die Unruhen in Montpellier: „Die beunruhigendsten Gerüchte waren gestern bezüglich Montpelliers im Umlauf. Wir sind ohne genaue Details hinsichtlich der Thatsachen, aber wir haben die Gewißheit, daß die Kollision, welche in jener Stadt vorfiel, trotz ihrer Erheblichkeit unterdrückt ward und daß die Ordnung jetzt hergestellt ist. Die zwei der Regierung zugegangenen telegraphischen Depeschen lauten: „Eine Rundgebung der legitimistischen Partei hat so eben zu Montpellier ernsthaftest Ruhestörungen veranlaßt. Der Präfekt begab sich an der Spitze einer Compagnie der Nationalgarde auf den Schauplatz der Unordnung. Er trat allein vor, um Friedensworte zu sprechen, wurde aber mit einem Steinhagel und mehreren Flintenschüssen empfangen. Ein Gendarm wurde an seiner Seite schwer verwundet; eben so auch ein Polizei-Kommissar und ein Instruktions-Richter. Der Präfekt empfing eine Kontusion an der Schulter, die ihn zu unterzeichnen verhinderte. Das Viertel, wo diese Ruhestörung sich zutrug, ist durch die Nationalgarde umzingelt. Die gerichtliche Untersuchung hat begonnen.“ Zweite Depesche: „Obgleich noch große Aufregung herrscht, ist die Stadt doch materiell ruhig. Der Gendarm, welcher gestern neben dem Präfekten verwundet ward, starb in der Nacht. Fünf verwundete Legitimisten sind im Spital. Der Präfekt leidet sehr an seiner Wunde; der General-Prokurator hat das Gericht zu dem in dieser Sache nöthigen Verfahren aufgefördert.“ Andere Angaben lassen den Befehlshaber der Gendarmerie getödtet und verwundet sein. Von hier ist gestern der General-Prokurator Laissac nach Montpellier abgereist.“

Der Artikel des National, welcher die übertriebenen Kriegsgerüchte gegen Oesterreich als reine Erfindungen der Zeitungen erklärt, weckte auf der heutigen Böse das Vertrauen und besserte die Preise.

In den Abtheilungen der National-Versammlung hat man sich mit dem Antrage auf Einsetzung einer Kommission beschäftigt, welche die in den Tuilerieen gefundenen Papiere zu prüfen hätte. Man bestand darauf, daß alle Papiere, die reine Familien-Verhältnisse betreffen, beseitigt würden, während man nur diejenigen Dokumente für das National-Archiv zurückhalten solle, welche von historischer Wichtigkeit wären.

Die Ernennung des Bischofs Sibour zum Erzbischof von Paris stößt unter der hiesigen Geistlichkeit auf heftigen Widerspruch. Das gesammte Kapitel, mit Ausnahme der beiden Aebte Coeur und Eglée, haben gegen dieselbe protestirt.

Die Französische Regierung hat sich dafür entschieden, daß der Prozeß gegen

Gauffidiere und Louis Blanc auch in ihrer Abwesenheit geführt und das Urtheil in contumaciam vollzogen werden soll.

Spanien.

Madrid, den 29. Aug. Die neuesten Nachrichten von den Philippinen gehen bis zum 13. Juni. Die Ruhe war dort ungestört und der Handelsstand empfand die Wirkungen der nachdrücklichen Maßregeln, welche die Regierung gegen die Seeräuber genommen hatte, und durch welche die Sicherheit der Schifffahrt in dem dortigen Meere vollkommen wieder hergestellt ist. — Sehr eigenthümliche Nachrichten gehen von der Spanischen Mission in China ein. Die Spanische Regierung hat nämlich in der neuesten Zeit in derselben Art, wie die Engländer die Jüdischen Kult's nach ihren Westindischen Besitzungen ausführen, den Plan entworfen, Chinesische Arbeiter nach Cuba auszuführen. Der Beamte, welcher mit der Vollziehung dieser Maßregel beauftragt ist, D. F. Aguirre, hat indeß von Seiten des Englischen Konsuls in Amoy sehr vielen Widerstand erfahren müssen. Bei diesem Widerstande steht dem Englischen Konsul ein Arzt aus Cuba zur Seite, der ein Interesse bei der Sache zu haben scheint, Herrn Aguirre, gemeinschaftlich mit jenem, alle mögliche Hindernisse in den Weg legt, und sich dabei auch trügerischer Angaben von der Behandlung der Chinesen auf Cuba bedient. Außer diesen Nachrichten gehen noch Berichte vom 18. Mai von Zamboanga (einer Spanischen Kolonie auf der Insel Mindanao) ein, aus denen sich ergibt, daß am 17. April eine Holländische Korvette und eine Holländische Kriegsbrigade sich bei Sulu gezeigt hatten, um die Herausgabe einiger Malayischen Gefangenen und Unterthanen der Niederlande, und namentlich eines Bruders des Sultans von Ternate zu verlangen, die bei der letzten Expedition der Spanier gegen die Seeräuber von Balanguinguin gefangen genommen worden waren. Nachdem man vier Tage lang vergeblich unterhandelt hatte, beschloßen die Holländer, Gewalt zu brauchen und richteten ihr Feuer gegen den Ort. Zu gleicher Zeit griffen die Boote die Häuten am Ufer an, die bald in Flammen geriethen und das Feuer der „Straße des Marktes“ mittheilten, wo sich die reichsten Chinesischen Magazine befanden. Das Feuer griff um sich, richtete einen sehr bedeutenden Schaden an, und das Haus eines dort wohnenden Engländer, Herrn Wm. Wyndham, brannte gänzlich nieder, so daß nichts gerettet werden konnte. Die Einwohner, durch das Feuer der Holländer erschreckt, flüchteten sich in die Wälder, die Behörden folgten ihnen, und so blieben nur einige Böhewichter zurück, welche die Gelegenheit benutzten, um nach Herzenslust zu plündern. Der Sultan schloß sich mit 30—40 Mann in die Befestigung ein, und that von dort einige Schüsse auf die Holländer, die aber ohne Wirkung blieben. Die Holländer gingen noch an demselben Tage wieder unter Segel und nahmen einige Gefangene von der Insel mit. Der Verlust der Eingebornen an Todten und Verwundeten war unbedeutend, da die meisten sich, wie gesagt, schon früher geflüchtet hatten.

Großbritannien und Irland.

London, den 2. Sept. Die Daily News meinen, der Schatzkanzler könne sich das Geld, welches nach Berichten aus New-York mit dem letzten Dampfboot von dort zur Förderung des Irischen Aufstandes nach Dublin abgeschickt worden sei, mit vollem Rechte aneignen, da der Aufstand in Irland ohne Hinterlassung eines Erben gestorben sei, und sein Eigenthum also gesetzlich der Krone heimzufalle. Es sei ganz in der Ordnung, daß das in Amerika zum Umstürze der „Sächsischen“ Herrschaft in Irland gesammelte Geld jetzt dazu verwendet werde, einen Theil der Kosten zu decken, welche die Aufrechterhaltung dieser Herrschaft dem Schatze verursacht habe.

— Die Pariser Berichterhalter der Times melden aus sicherer Quelle, daß das Russische Heer im Kaukasus, unter dem Gr. Woronzow, buchstäblich in Stücke gehauen worden sei.

— Aus Dublin wird dem Globe vom gestrigen Tage geschrieben: Gestern ist beschlossen worden, daß die Spezial-Kommission zur Aburtheilung von S. O'Brien und Consorten am 19. September zu Kenagh ihre Sitzungen beginnen soll. Der Oberrichter der Queen's Bench und Oberrichter Doherty sind die vorstehenden Richter. — Die öffentlichen Klubb-Sitzungen haben in Dublin aufgehört; die Klubbleute kommen noch zu 3 oder 4 in den Privathäusern zusammen ihr Treiben wird aber in dieser Beschränkung keinen Einfluß auf die öffentliche Stimmung üben können. Alle Parteien sind im Ganzen der Aufregung so überdrüssig, daß an ihrer Erneuerung in großem Maßstabe für lange Zeit nicht zu denken ist. — Die Petition des Klubs für periodische Abhaltung des Parlaments in Dublin ist an die Königin abgegangen und ihr vor acht Tagen durch Sir G. Grey zugestellt worden; ein Bescheid ist bis jetzt nicht erfolgt. — In den Provinzen dauern die Verhaftungen fort. — Nach zuverlässigen Mittheilungen, welche die Dubliner Regierung aus allen Theilen des Landes erhalten hat, wird etwa die Hälfte der Kartoffel-Änder verloren sein; da jedoch dieses Jahr um die Hälfte mehr Kartoffeln gebaut wurden, als voriges Jahr, so ist die Einbuße leichter zu ertragen. Die Kornärndte fällt besser aus, als man glaubte, und mit Gewißheit ist anzunehmen, daß das Land genügende Lebensmittel haben wird, um die Bevölkerung den Winter und das Frühjahr hindurch zu ernähren.

Schweiz.

Zürich, den 27. August. Die armen Lombardischen Flüchtlinge erregen überall Mitleid und Theilnahme; sie haben sich freilich schlecht geschlagen, allein man bedenke die lange Entwöhnung von den Waffen, zudem die schlechte Führung. Dazu kommt nun, daß in Folge der Weigerung Frankreichs, Flüchtlinge ohne Ausweiskristen und Subsistenzmittel aufzunehmen, auch Uri, Luzern und Argau sich zu ähnlichen Maßregeln veranlaßt sahen. Höchst komisch klingen die

Fallstatischen Berichte der Italiener über die heldenmüthige „Verjagung“ der Oesterreicher aus Bologna, desgleichen die Mittheilungen Französischer Blätter über die Heldenthaten im Veltlin und am Tonale, während die in Ghr angelangten Waadtländer und Neuchâtelter Schützen versichern, jene Heldenthaten hätten darin bestanden, täglich in ehrerbietiger Entfernung eine ungeheure Menge Pulver aus grobem und kleinem Geschütz zu verpuffen; man habe versucht, sich in Sondrio zu setzen, allein bei den ersten feindlichen Schüssen sei Alles auseinander gestoben. Nur General Garibaldi, der ein tüchtiger Anführer zu sein scheint, und dem Karl Albert aus Furcht vor seinem Einflusse und vor seinen republikanischen Grundsätzen den Eintritt in die Piemontesischen Staaten verboten, hält sich noch im Val Gana und bei Varese (zwischen Sesto Calende und Como), von wo freilich, sobald ernstliche Gefahr droht, der Rückzug auf Schweizer Gebiet immer offen steht. Die Deutsch-Schweizerischen Blätter rühmen durchgängig die gute Mannszucht der Oesterreicher, wogegen die „Rev. de Gen.“ ihnen die unerhörtesten Greuelthaten aufbürdet, wie Mord und Brand, Aufschneiden schwangerer Weiber etc., nach welcher Operation die Kinder an die Hausthüren genagelt zu werden pflegten.

Tessin. — Der Beschluß des Großen Raths in der Bundes-Angelegenheit lautet: „Der von der Tagsatzung am 27. Juni angenommene Bundes-Entwurf wird unter der Bedingung angenommen, daß, wenn die Eidgenossenschaft die neuen Einfuhr- und Ausfuhrzölle an der Tessinischen Grenze beziehen will, sie unseren Eingangs- und Ausgangszoll durch Entschädigung loskaufen müsse.“

Rußland und Polen.

St. Petersburg, den 27. Aug. Se. Majestät der Kaiser hat folgendes Schreiben an den Oesterreichischen Feldmarschall Grafen Radetzky gerichtet: „Nachdem Wir mit steter Aufmerksamkeit den Bewegungen der Truppen gefolgt waren, welche Ihrem Oberbefehl zur Aufrechterhaltung der legitimen Rechte Ihres Monarchen anvertraut sind, und nun Kunde erhalten haben von den glänzenden Siegen, die Sie bei Sommacampagna und Custoza erröckten, haben Wir es für gerecht erachtet, Sie zum Ritter der 1sten Klasse des Ordens des heiligen Großmartyrers und Siegbringers Georg zu ernennen, dessen Insignien Wir Ihnen hierbei übersenden. Indem Wir durch diese höchste militairische Auszeichnung in Unserem Reiche einen neuen Beweis Unserer ausgezeichneten Anerkennung Ihres langjährigen und ruhmreichen, durch so glänzende Waffenthaten bezeichneten Dienstes zu bekunden wünschen, verbleiben Wir Ihnen für immer wohlgenegen. (gez.) Nikolaus. Peterhof, den 19. August 1848.“

Türkei.

Konstantinopel, den 24. August. Bei dem großen Brand am 23ten Abends, welcher dadurch entstand, daß ein Specereihändler am Feuer mit geschmolzener Butter unvorsichtig umging, sind zwischen den beiden Brücken am goldenen Horn, alle die großen Oel-, Licht-, Tabak-, Bretter- und Holzmagazine abgebrannt. Das Feuer war so stark, daß es den Marmor zerstörte. Auch von der Suleiman-Moschee ist das eine Minarett abgebrannt. Man zählt 3000 Buden, die in Flammen aufgegangen sind. — An der Cholera sterben wöchentlich gegen 250 Menschen.

Berichtigung. — In der gestr. No. 209. dieser Zeitung in dem Artikel O. Posen, den 6. September, soll es heißen Zeile 4. von oben: ihrem statt ihre; Zeile 7. v. o. verworrenen statt gewonnenen und allzuwarmer statt allzuwarmer. Zeile 13. von unten: die Beschränktheit vieler sonst ganz verständiger Männer statt fast ganz verständiger Männer.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Einundfünfzigste Sitzung, vom 5. September.

Eröffnung: 9½ Uhr. Präsident: Grabow. Schriftführer Abg. Bauer verliest das sofort genehmigte Protokoll der gestrigen Sitzung.

Unter den zur Genehmigung mitgetheilten Urlaubsgesuchen befindet sich auch das des Staatsministers A. v. Schön (für den Königsberger Landkreis), welcher auf 4 Wochen, eines Halsübels wegen, in ein Bad gehen und daher seinen Stellvertreter einberufen wissen will.

Hr. Stein zieht einen dringenden Antrag bis zur Erledigung eines gestern vorgetragenen zurück. Schnelliger Antrag vor der Tagesordnung: „Die National-Versammlung wolle beschließen, daß die Petition d. d. Liegnitz, den 5. August 11, Nr. 9598, welche folgenden Antrag enthält: daß von Seiten des Staates den armen nothleidenden Webern in den Sudeten, vor allen aber denjenigen des Culengebirges eine namhafte resp. wirksame Unterstützung sofort überwiesen werde, dem Staatsministerium zur schleunigen Berücksichtigung empfohlen werde (ungemein zahlreich unterstützt und zur sofortigen Diskussion gestellt).“

Hr. Elsner, als Berichterstatter der Commission, verliest zuerst den Wortlaut seiner Petition und schildert dann in einem ausgebreiteteren Vortrage das furchtbare Elend, welches unter dem Volke in den Kreisen Waldenburg, Reichenbach und Schweidnitz herrscht und nicht allein aus der Arbeitslosigkeit, sondern auch aus der dort grassirenden Pest, dem Hungertyphus, entspringt. — Wenn gleich die National-Versammlung nicht dazu berufen, um Unterstützungen auszutheilen, so sei es doch dringend nothwendig, hier ein Mal das Herz, statt des Verstandes, sprechen zu lassen. Vor allen Dingen müsse man so fort Hülfe und Arbeit schaffen, welche letztere durch eine nothwendige Chaussee und durch eine Zweigbahn bald zu erreichen sei. — Die Seerhandlung trage übrigens eine große Schuld an der Verarmung jener Gegenden, denn ihre Produkte überschwemmen das ganze Inland, mit dem sie also concurrirt. — Die National-Versammlung möge daher das Staats-Ministerium zur sofortigen Hülfe anweisen.

Handelsminister Milde giebt zu, daß die furchtbare Noth Schlesiens die Augen von Deutschland auf sich gezogen habe, daß am Culengebirge namentlich sehr großes Elend herrsche und daß, wenn gleich die Regierung Alles thue, was in ihren Kräften steht, wenig Aussicht vorhanden sei, die dort gesunkene Industrie wieder zu heben. Man dürfe aber nicht, wenn man von Linderung der (Mit einer Beilage.)

Noth spreche, eine Provinz allein bedenken, sondern allgemeine Landesmaßregeln ergreifen, da außer Schlessen noch mancher andere Landestheil über Noth zu klagen habe. — Was die Seehandlung betreffe, so sei er gerade von jeher ein Feind ihrer Machinationen gewesen, nichtsdestoweniger dürfe man nicht läugnen, daß dieselbe gerade viel für Schlessen gethan. Sie habe dort namentlich amerikanische Mühlen angelegt und andere dergleichen Industrien begünstigt, da die Handflachsweberei nicht mehr mit den Maschinen sich messen könne.

Hr. Wenzel ist für den Antrag. Auch er bezieht darauf, durch eine Eisenbahn Arbeit zu schaffen, die nicht allein durch die Waldenburger Kohlenwerke, sondern auch durch die Bäder Salzbrunn und Altwasser führt, deren Rentabilität, da sie nur etwa 700,000 Thlr. kosten würde, daher voraussichtlich ist. Die Capitalisten jener Gegend würden sich bestimmt dabei betheiligen. Im Uebrigen beschwert sich Redner darüber, daß auf mehrere Eingaben aus jener Gegend, Betheufung Organisation der Auswanderung durch die Regierung, von dieser noch nicht Antwort ertheilt worden sei.

Handelsminister Wilde: Eine namhafte Summe sei schon früher für jene Gegenden angewiesen worden, auch beabsichtige die Regierung, einen zuverlässigen Mann nach Spanien zu senden, um über die Möglichkeit der Wiedereröffnung des Marktes schlesischer Leinwand in diesem Lande Gewißheit zu erhalten.

Hr. Wenzel spricht im Interesse Ostpreußens, welches ebensoviel Recht habe, die Aufmerksamkeit der Versammlung auf sich zu lenken, wie Schlessen. Redner schildert (mit Thränen im Auge) das dortige große Elend und versichert, daß, wenn man dort bisher dasselbe ruhig ertragen, es um deshalb geschehen, weil man wußte, daß der Staat in Noth und man ihn jetzt nicht drängen müsse. Hülfe er aber, so dürfe er auch nicht an einer Stelle helfen.

Hr. Graf Reichenbach für den Antrag. Redner erklärt, daß es für Schlessen das Gerathenste sei, an Stelle der gekündigten Handweberei die Landwirthschaft zu befördern, dann müßten aber erst die fürchtbaren Lasten der Roboten aufgehoben werden, die den eigentlichen Landbauer dort auslaugen. Die Gutsherrscher würden dann gezwungen sein, zu den arbeitslosen Webern ihre Zuflucht zu nehmen, da die ehemaligen Robotpflichtigen ihre eigene Länderei rein bebauen würden.

Hr. Nees v. Esenbeck findet in den bisherigen unzureichenden Maßregeln eine Abneigung des Ministeriums gegen die Weber im Allgemeinen. Es seien auch von allen Seiten Vereine zur Abhülfe gestiftet worden, anstatt ihnen aber zu helfen, trat man ihnen eher hindernd in den Weg.

Handelsminister Wilde versichert den Ungrund dieser Behauptungen. Die Noth sei übrigens in der ganzen Welt stets groß gewesen.

Hr. v. Lisiecki beantragt den Schluß der Debatte (unterstützt). Hr. Wenzel stellt das Amendement: Das Ministerium möge zur Abhülfe der Noth, eine Untersuchungs-Commission in die Provinzen Schlessen und Preußen senden.

Hr. Brill beantragt die namentliche Abstimmung (verworfen). Hr. Wenzel zieht sein Amendement zurück, der Antrag der Petitions-Commission wird fast einstimmig angenommen.

Hr. Neubarth. Dringender Antrag vor der Tagesordnung: Die Versammlung wolle beschließen, „daß unmittelbar nach der Verathung des Bürgerwehrgesetzes der Bericht der Centralabtheilung über die Anträge wegen unentgeltlicher Aufhebung des Jagd-Servitutenrechts und der von derselben Abtheilung vorgelegte Entwurf eines Jagdgesetzes zur Verathung komme.“ Die Jagd ist mit dem 1. September eröffnet, die Landbewohner sind aber der Meinung, daß die Ausübung derselben den bisher berechtigten nicht mehr zustehe. Es sind deshalb schon bedauerliche Konflikte vorgekommen, zu deren Hebung sogar die Militärmacht verwandt werden mußte: neue sind zu befürchten. Es hat sich nämlich die Meinung verbreitet, als ob unsere Versammlung in dieser Sache noch nichts gethan habe, das Volk hält sich deshalb für berechtigt, auf eigene Hand, die in den deutschen Grundrechten ausgesprochene Aufhebung der bisherigen Jagdprivilegien geltend zu machen. Dieser ungesellige Zustand mit allen seinen Folgen erfordert die schleunigste Verathung der neuen Jagdordnung, welche schon länger als eine Woche in unsern Händen ist.“ (Unterstützt und zur sofortigen Diskussion gestellt.)

Nachdem der Antragsteller die Dringlichkeit seines Antrages mit einigen Worten noch näher motivirt hat, wird die Diskussion sofort geschlossen und der Antrag mit großer Majorität angenommen.

Präs. Grabow zeigt an, daß 22 Berichte der Centralabtheilung als dringend zur Verathung vorlägen, und in dieser Beziehung eine Prioritätsprüfungs-Commission eingesetzt sei.

Man geht zur Tagesordnung über. In derselben ist bekanntlich die Diskussion über den kürzlich wörtlich mitgetheilten Bericht der Posenener Commission.

Minister des Innern Kühlwetter versichert, daß das Gouvernement seit Emanation der Cabinetsordre vom 24. März d. J. sich eifrig und unausgesetzt mit der Posenener Reorganisationsangelegenheit beschäftigt habe. Nur dadurch, daß die desfallsigen Akten nach Frankfurt eingefordert worden seien, habe die Thätigkeit der betreffenden Commission nicht den gewünschten Aufschwung nehmen können, doch seitdem die Akten wieder eingetroffen, beschäufte jene sich unverdrossen mit der schwierigen Aufgabe, Frieden herzustellen zwischen den beiden Nationalitäten, zu ermitteln, wie und auf welchem Wege die beabsichtigte Reorganisation des Großherzogthums Posen am besten durchzuführen sei. Ein Beschluß der Nationalversammlung über die Richtung der Commission sei aber keinesweges vonnöthen, wenn man nicht die Thätigkeit der Regierung von der Commission abhängig machen wolle. Im allgemeinen habe übrigens die Frankfurter National-Versammlung, die durch den diesseitigen Bevollmächtigten, General v. Püuel, festgesetzten Grenzen vorläufig anerkannt und erwarte nur fernere Vorlagen der diesseitigen Regierung, um an den Verathungen Theil zu nehmen. Er dringe daher auf die schleunige Erledigung des Berichtes.

Hr. Heine verlangt das Wort zu einer thatsächlichen Berichtigung, und beginnt damit: Die Deutschen im Posenschen sind sehr aufgeregt, daß die Demarkationslinie nicht endlich... (Zobende Unterbrechung und Ruf nach Schluß.) Der Berichterstatter Hr. Wenzel: Die Commission könne jetzt von ihrem Antrage absehen, da es feststehe, daß die Centralgewalt nicht ohne Preußen in dieser Sache handeln werde. Wenn die Commission eifrig arbeite, so könne sie in 6—8 Wochen ihre Thätigkeit schließen. Hr. v. Berg erläutert, daß der Berichterstatter nur seine, nicht die Ansicht der Commission gegeben

habe. Hr. Baumstark beantragt jetzt die motivirte Tagesordnung, sein Antrag findet indeß, da die Debatte geschlossen, keine Berücksichtigung mehr. Es beginnt vielmehr die Abstimmung. Der Bloem'sche Antrag auf motivirte Tagesordnung wird zuerst verworfen, ebenso der also lautende Antrag des Hrn. Dunder: „Die Versammlung wolle das Staatsministerium ersuchen: die Erklärung, welche von demselben durch die Deutsche Central-Gewalt über die definitive Festlegung der vorläufigen Demarkationslinie in Gemäßheit des Beschlusses der Deutschen National-Versammlung vom 27. Juli d. J. erfordert werden wird, nicht eher abzugeben, als bis die Preussische National-Versammlung über den, von der Commission zur Untersuchung der Zustände der Provinz Posen zu erstattenden Bericht binnen spätestens vier Wochen zu erstatten.“ Endlich wird sogar auch, unter großer Heiterkeit der Versammlung, der Antrag der Commission: „die Versammlung wolle das Ministerium ersuchen, bis dahin, wo die Commission im Stande sein wird, das Endresultat ihrer Verathungen vorzulegen, die vorläufige Demarkationslinie im Großherzogthum Posen nicht definitiv feststellen zu lassen“, mit einer ziemlich ansehnlichen Mehrheit verworfen.

Es wird nunmehr zu dem nächsten Gegenstande der Tagesordnung, der Fortsetzung der Bürgerwehrgesetz-Verathung übergegangen, und der Berichterstatter Hr. Euler liest: „Abschnitt VI. Dienstkleidung und Ausrüstung der Bürgerwehr. §. 55. Die Bürgerwehr soll ein im ganzen Lande gleiches Dienstzeichen und eine für jeden Kreis gleiche einfache Dienstkleidung tragen. Das Dienstzeichen wird vom Könige, die Dienstkleidung von der Kreisvertretung bestimmt. Die Dienstkleidung darf nicht so beschaffen sein, daß sie Veranlassung zur Verwechselung mit dem Heere giebt.“

Hr. Schulz (Schweg) beantragt, daß die Verathung des Abschnitts mit §. 59. beginne und die der §§. 55—58 bis dahin zurückgestellt werde. Der Berichterstatter beantragte, mit §. 55. die dazu gehörigen §§. 58 und 59. zu verbinden, was, nachdem Hr. Schulz seinen Antrag zurückgenommen, auch geschehen wird. Die §§. 58. und 59. lauten nach der ihnen von der Centralabtheilung gegebenen Fassung: „§. 58. Auf dem Lande und in Städten unter 5000 Einwohnern ist die Bewaffnung der Bürgerwehrmänner mit Pike ausreichend, und kann die Dienstkleidung nach Bestimmung der Kreisvertretung wegfallen. Das nämliche kann auch in größeren Städten für einzelne Abtheilungen angedordnet werden. §. 59. Für die Dienstkleidung, wo eine solche Statt findet, für die Dienstzeichen und für die Waffen muß jedes Mitglied der Bürgerwehr auf eigene Kosten sorgen. Die Gemeinde ist jedoch verpflichtet, diese Gegenstände auf ihre Kosten in solcher Menge zu beschaffen, als zur Ausrüstung desjenigen Theiles der wirklich Dienst thunenden Mannschaft, welcher die Kosten aus eigenen Mitteln nicht tragen kann, erforderlich ist.“

Die HH. Hanow und Pax machen folgendes Amendement: der §. 55. sei dahin zu ändern: „§. 55. Die Bürgerwehr soll ein im ganzen Lande gleiches, vom Könige zu bestimmendes Dienstzeichen tragen.“ (Erhält zahlreiche Unterstützung.)

Hr. Stupp beantragt folgendes (alsbald unterstütztes) Amendement: „Das Dienstzeichen wie die Grad-Abzeichen werden von dem Könige bestimmt.“ Nachdem der Schluß der Debatte über diesen Paragraphen herbeigeführt worden, erhält der Berichterstatter noch das Wort: Die Central-Abtheilung habe sich für das Dienstzeichen und die Dienstkleidung ausgesprochen. Allerdings sei die Zeit der Uniformen vorüber, hier traffe jedoch Form und Wesen zusammen. Das Unwesen der Uniformen müsse fallen, und es würde sehr gut wirken, wenn auch die Fürsten die Civilkleidung anlegen. Allein ob der Mißbräuche dürfe man die Vorzüge der Uniform nicht vergessen, sie sei ein Erkennungs-, ein Zeichen der Verbrüderung für die Handhabung der gesetzlichen Freiheit. Bei der nun folgenden Abstimmung wird das Pax-Hanow'sche Amendement angenommen. Damit sind die anderen Amendements nach der §. 55. der Central-Abtheilung verworfen.

Zu dem §. 59. beantragt Hr. Bauer (Berlin) ein Amendement des Inhalts, daß im zweiten Satz hinter den Worten „diese Gegenstände“ der Zusatz folge: „mit Ausnahme der für die Bürgerwehr-Artillerie erforderlichen Geschütze, welche von dem Staat geliefert werden.“ Das Amendement wird unterstützt; ebenso das folgende des Hrn. Bauer (Krottschin): Es möge statt §. 59. des Entwurfs folgendes gesetzt werden: „Für die Dienstzeichen und für die Waffen muß die Gemeinde sorgen; jedoch bleibt es jedem Mitgliede der Bürgerwehr unbenommen, sich Kleidung und Waffen in vorchriftsmäßiger Art, — auf eigene Kosten anzuschaffen.“

Desgleichen erhält ein von Hrn. Johann Jacoby und vielen anderen Abgeordneten eingebrachtes Amendement Unterstützung. Es lautet: Die Bewaffnung der Bürgerwehr wird auf Staatskosten beschafft, es hat jedoch Jeder die Befugniß, auf eigene Kosten sich die Waffen anzuschaffen. Hr. Siebert macht das event. Amendement: Die den Gemeinden vom Staat bereits überlieferten Waffen verbleiben denselben, ohne daß dafür eine Entschädigung gezahlt zu werden brauche. Als der Berichterstatter bemerkte, daß dies Amendement zu §. 129. gehöre, wird es, nachdem es unterstützt worden, mit Hrn. Sieberts Zustimmung bis dahin zurückgelegt, ebenso das des Hrn. Bauer (Berlin) bis zur Verathung des §. 43.

Der Minister des Innern: Die Frage über die Kosten des Dienstzeichens und der Bewaffnung sei wichtig. Ein Ueberschlag der Kosten für den Fall, daß die Bürgerwehr den zwanzigsten Theil der Bevölkerung nicht übersteige, also 800,000 Mann ausmache, betrüge allein für die Mäntel 12 Mill. Thlr., für deren Reparatur 1 1/2 Mill. Thlr. — Bei der Anforderung, daß der Staat die allgemeine Bewaffnung auszuführen, habe man sich auch auf eine, in Berlin am 19. März d. J. erschienene Bekanntmachung bezogen. Diese begründe jedoch gar kein Versprechen; sie sei erlassen von sieben Privatpersonen — der damalige Polizei-Präsident v. Minuloff habe durchaus nicht in seiner amtlichen Eigenschaft unterzeichnet — und rein örtlicher Natur. Aber auch nach der strengsten Auslegung könne sie immer nur für Berlin gelten. Der Bürgerwehr von Berlin seien auch die Waffen geliefert und ihr wolle man die überwiesenen gar nicht entziehen. Ein Versprechen für den ganzen Staat liege aber nirgends vor.

Hr. Euler resumirt, als Berichterstatter, die Debatte, und es wird nun zur Abstimmung geschritten. Die über das Jacobysche Amendement erfolgt

durch Namensaufruf. Dabei wird selbiges von 121 bejaht, von 201 verneint, also mit einer Mehrheit von 80 Stimmen verworfen. 80 hatten bei der Abstimmung gefehlt. Das Amendement des Herrn Bauer (Krotoschin) wird demnächst verworfen und der §. 59., mit Ausschluß der Anfangsworte: „Für die Dienstkleidung, wo eine solche stattfindet“ angenommen.

(Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag den 7., Morgens 9. Uhr. Tagesordnung: Verathung über den Stein'schen Antrag, Fortsetzung der des Bürgerwehr-Gesetzes.)

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Theater.

Dem Vernehmen nach wird in den nächsten Tagen das Deinhardstein'sche Lustspiel: „Zwei Tage aus dem Leben eines Fürsten“ auf unserer Bühne zur Aufführung kommen. Da dies Lustspiel wegen seines frischen Humors, und mehr noch wegen seiner pikanten, wirklich komischen Situationen, in denen so manche moderne Zeitverhältnisse zu wahrer Anschauung gebracht, die Mißstände der Vergangenheit dagegen, namentlich die Mißbräuche der Fürstengunst, scharf gezeichnet werden, noch auf allen Bühnen sich mit Recht eines großen Beifalls zu erfreuen gehabt hat, so glauben wir es auch der Beachtung unserer Theaterfreunde empfehlen zu dürfen, die sich, insofern die Hauptrollen, namentlich „Fürst“ und „Kuh von Kuhdorf“, gut dargestellt werden, einen recht genussreichen Abend versprechen dürfen.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 10. September c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Hr. Ober-Pred. Hertwig. — Nm. Hr. Pred. Friedrich.
Ev. Petrikirche. Vm.: Hr. Conft. Rath Dr. Siedler.
Sarniskirche. Vm.: Hr. Div.-Pred. Simon.

Stadt-Theater in Posen.

Sonntag den 10ten September: Ihr Bild; Lustspiel in 1 Aufzuge von Louis Schneider. Hierauf: Der Weiberfeind; Lustspiel in 1 Akt von Görner. — Zum Schluß: Die Schwaben in Ungarn; komische Pantomime in 1 Akt.

Heute Nacht um 2 Uhr starb unsere innigst geliebte Mutter, Schwester und Tante, die verwitwete Frau Bäckermeister Caroline Wotsche, geborne Dähnke, in ihrem vollendeten 46sten Lebensjahre. — Die Beerdigung findet Sonnabend Nachmittags um 5 Uhr statt.

Dies zeigen Verwandten und Bekannten tiefbetrübt an
die Hinterbliebenen.
Posen, den 6. September 1848.

Bekanntmachung.

Die Serviszahlung für die im Monat August d. J. hier einquartiert gewesenen Truppen erfolgt am 11ten, 12ten, 13ten, 14ten und 15ten d. Mts.
Posen, den 8. September 1848.

Der Magistrat.

Bürgergesellschaft.

Sonntag den 10ten September Nachmittags 4 Uhr findet eine

General-Versammlung

der Bürgergesellschaft im Odeum statt. Gegenstände der Verathung sind:

- 1) Mithung eines Lokals vom 1. Oktober c. ab,
- 2) Wahl eines neuen Vorstands und eines Ehrengerichts.

Bei der Wichtigkeit der Verhandlung wird um rege Theilnahme dringend gebeten. Stimmsfähig sind auch die erst vom 1sten Oktober ab beitretenden Personen, sofern sie bis zum Versammlungstage aufgenommen sind. Meldungen solcher neuen Theilnehmer können im Lesezimmer des Odeums abgegeben werden, und werden baldigt erbeten, weil sich nach der Zahl der Gesellschaftsmitglieder die Größe des zu miethenden Lokals richtet.

Posen, den 5. September 1848.

Der Vorstand der Bürgergesellschaft.

Auktion.

Dienstag den 12ten September d. J. Vormittags 9 Uhr sollen in dem Hause No. 2. der Königsstraße verschiedene Nachlaß-Gegenstände, als: Porzellan, Gläser, Zinn, Kupfer, Leinwand, Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Möbel, so wie Gold und Silber öffentlich verkauft werden.

In der Nachlaß-Regulirung des am 26sten Juli c. zu Bogdanowo verstorbenen Herrn Ober-Amtmann Krieger, ersuchen die unterzeichneten Vormünder der Krieger'schen Kinder diejenigen Gläubiger desselben, welche ihre Forderungen noch nicht angemeldet haben, dies baldmöglichst nach dem Domainen-Amt zu Bogdanowo hin, unter Beifügung der Rechnungen oder Angabe des

Grundes ihrer Forderung, Behufs vollständiger Inventur, zu thun.

Posen, den 6. September 1848.

E. v. S ä n g e r, H a v n e c k e r,
auf Grabowo, Stadtrath in Berlin.

2 Stuben mit oder ohne Möbel und Küche nebst 2 kleinen Wohnungen sind zu erfragen Schützenstraße No. 25.

Wildpret.

Montag den 11. September bringe ich Hasen, Reithühner und Rehe nach Posen.
R. Löser jun.

Grünberger Weintrauben!

empfehle ich auch in diesem Jahre von Mitte September an bis Ende Oktober à Pfund 2½ Sgr. in Fäßchen von 12 bis 30 Pfd. Die Fäßchen werden weder berechnet noch mit gewogen.

Die Trauben werden, wenn die bis jetzt gebabte günstige Witterung irgendetwas anhält, eine ausgezeichnete Güte erreichen und darf ich, da nun auch das Porto um ½ Theil ermäßigt, wohl auf recht viele Aufträge rechnen; ich werde wie bisher nur immer die besten und schönsten Trauben senden und mir so das seit Jahren vielseitig geschenkte Vertrauen auch ferner bewahren.

G. Wotsche in Grünberg in Schlessen.

Cholera-Branntwein

ist zu haben Schulstraße No. 14.

E. G. A. Krättschmann.

Schilling.

Heute Sonnabend den 9ten und Sonntag den 10ten September:
Großes Concert. Ausgeführt von dem Musikkorps des 5ten Infant.-Regts.

Entree à Person 2½ Sgr. Anfang präcise 4 Uhr.

Das Nähere die Anschlagzettel.

E. Winter, Musikmeister.

Zur Aufklärung über den, in den hiesigen Zeitungen kürzlich angekündigten „Königs- und Vaterlands-Verein“ habe ich einen Aufsat, welchen die Redaktionen der hiesigen deutschen Zeitung und der Ergänzungsblätter, obgleich er ihnen vollständig bekannt war, unentgeltlich nicht aufnehmen wollten, besonders abdrucken lassen, und es ist derselbe bei Herrn Busse, Kammereiplatz Nr. 16, von heute Mittag an für 1 Sgr. zu kaufen. Ich bedaure, daß der engherzige Particularismus jener Redaktionen, der, obgleich er selbst nichts Originelles zu Tage fördert, doch auch keine fremden Original-Artikel dem Publikum gewähren will, mich in diesen Ausweg hineinzingen mußte, weil ich die Geld-Mittel nicht besitze, um andere in dieser Sphäre unentgeltlich zu unterhalten. Gleichzeitig finde ich aber einen Trost hierbei in dem Umstande, daß bei dieser Gelegenheit

Betsaal der Christkath. Gem.: Vor- und Nachm.: Hr. Pred. Post.

In den Pfarochien der genannten Kirchen sind in der Woche vom 1. bis 7. September
Geboren: 3 männl., 2 weibl. Geschl. Gestorben: 13 männl., 4 weibl. Geschl.
Getraut: 2 Paar.

Marktbericht. Posen, den 8. Sept.

(Der Schfl. zu 16 Mds. Preuß.)

Weizen 2 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf., auch 2 Rthlr. 11 Sgr. 1 Pf.; Roggen 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf.; Erbsen — Rthlr. — Sgr. — Pf., auch — Rthlr. — Sgr. — Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. — Pf., auch 8 Sgr. 11 Pf.; der Eim. Ha zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berlin, den 6. September.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 60—65 Rthlr.; Roggen loco 31—34 Rthlr.; 82 Pfd. v. Sept./Okt. 30—29 Rthlr. Okt./Nov. 31—30 Rthlr.; v. Frühjahr 33½—32 Rthlr.; Gerste, große, 28 Rthlr., kl. 24—23 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Erbsen, Kochwaare 40 Rthlr., Futterwaare 37 Rthlr., Rapps 70 Rthlr. verkauft, Sommer-Rüben 60 Rthlr. verk., Leinsaat 46—45 Rthlr., Rüböl loco 11 Rthlr. Sept./Okt. 11 Rthlr., Okt./Nov. 11½—11¼ Rthlr. bez. u. Br., Nov./Dez. 11¼—11½ Rthlr., Dez./Jan. 11¼ Rthlr. Br. u. bez., Jan./Febr. 11¼ Br.; Leinöl loco 9½ Rthlr., Lieferung 9¾, Mohnöl 20 Rthlr., Hanföl 16 Rthlr., Palmöl 13—14½ Rthlr., Südsee-Irhan 10 Rthlr.; Spiritus loco 20¼ Rthlr. bez., Sept./Okt. 19 Rthlr. Br., 18¼ bez., Okt./Nov. 18¼ Rthlr. bez. u. Br.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: G. Hensel.

sich unfehlbar deutlich herausstellen wird, ob und wie viele meiner Herren Mitbürger von dem Papier, welches ich bedrucken lasse, einen nützlichen Gebrauch zu machen verstehen, und ob ich demnach es ferner wagen darf, ihnen nach Gelegenheit mehr zu bieten.
S c h r e e b.

Herr Schreeb war dem Zimmermeister W. 70 Thaler Mithte schuldig und hat zur Compensation derselben eine Forderung an diesen im Belaufe von 62 Thaler nebst Zinsen für den Betrag von fünf und dreißig Thaler vom Glasermeister Bl. aufgekauft.

Herr Schreeb sagt: ein wirklich deutscher Biedermann hält sich rein von allem Schacher, er spielt, er speculirt nicht mit dem Gefühle oder dem Vermögen seiner Mitmenschen. Dasselbe sagen viele Andere.

Rechenexempel.

Wenn ein gewesener Regierungsrath ein Preussischer Narr geworden ist, wie weit ist dann von der Bäckerstraße bis Ominsk?

Ludwig Johann Meyer.

Berliner Börse.

Den 6. September 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	—	75½
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	88	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	72½	72
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	79½
Grossh. Posener	4	—	96½
Ostpreussische	3½	—	78½
Pommersche	3½	—	86
Kur- u. Neumärk.	3½	—	90½
Schlesische	3½	—	—
v. Staat garant. L. B.	3½	—	81
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	4	86½	85½
Friedrichsd'or	—	137½	137½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12½
Disconto	—	3½	4½
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	89	—
„ „ Prioritäts-	4	83½	—
Berlin-Hamburger	4	67½	—
„ „ Prioritäts-	4½	—	91
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	54½	—
„ „ Prior. A. B.	4	—	—
„ „	5	87½	87½
Berlin-Stettiner	—	89½	88½
Cöln-Mindener	3½	77	—
„ „ Prioritäts-	4½	91½	—
Magdeburg-Halberstädter	4	103½	—
Niederschles.-Märkische	3½	70½	—
„ „ Prioritäts-	4	82½	—
„ „	5	94½	93½
„ „	5	89½	89½
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	91½	—
„ „ B.	3½	92½	—
Rheinische	—	56	55
„ „ Stamm-Prioritäts-	4	69½	68½
„ „ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4½	53½	—
Stargard-Posener	4	68½	—